

BUCHBESPRECHUNGEN

ROLF REVENTLOW

SPANIEN IN DIESEM JAHRHUNDERT

Europa Verlag, Wien — Frankfurt — Zürich 1968. 502 S., Ln. 30,— DM.

Zu den wenigen Büchern über den spanischen Bürgerkrieg aus der Feder von Deutschen, die an den Kämpfen selbst teilgenommen haben, gehört das jetzt vorliegende Werk von Reventlow. Es ist eine gründliche Arbeit; das Thema ist sehr weit gesteckt, vielleicht etwas zu weit, so sinnvoll es auch ist, den Hintergrund des tragischen Bürgerkrieges aus der geschichtlichen Entwicklung einer ganzen Epoche zu erklären. Dreißig Jahre nach dem Ende dieses Krieges sind die Erlebnisse des Autors eine nützliche Ergänzung beim Bericht über die Personen der Handlung wie über ihr Handeln selbst. Andererseits schleichen sich aber auch subjektive Urteile ein, die nicht mehr stichhaltig sind, oder es verschieben sich die Größenordnungen. Dennoch ist es sehr zu begrüßen, daß dieses Buch erschienen ist. Es ist ihm weite Verbreitung zu wünschen, besonders in unserem Lande der notorischen Unkenntnis und Vorurteile über die spanische Republik und über den dreijährigen Kampf des spanischen Volkes um seine Freiheit.

Leider hat der Verfasser zu den Syndikalistischen und Anarchisten, die in der spanischen Arbeiterbewegung dieses Jahrhunderts eine große Rolle gespielt und eine ganz andere Theorie und Praxis der Befreiungsbewegung der Arbeiter als in anderen europäischen Ländern entwickelt haben, kein richtiges Verhältnis gefunden und auch ihre Theorie nur bruchstückweise erläutert. Das macht das Verständnis wesentlicher Entwicklungen im Bürgerkrieg schwer. Reventlow erklärt die Abläufe im wesentlichen aus der Sicht eines Sozialdemokraten, wobei die Besonderheiten Spaniens, — der Feudalismus, der Klerikalismus, die Rückständigkeit großer Regionen des ganzen Landes — in ihrer Wirkung auf die Personen und Bewegungen keine volle Würdigung finden. Auch die nationale Frage, die vor allem unter den Basken und Katalanen zu eigenen Entwicklungen führte und bis heute eine lebendige Kraft geblieben ist (trotz der harten Repressalien des Franco-Regimes), wird nicht voll deutlich in ihrer historischen Bedeutung.

Hervorragend analysiert der Verfasser die Rolle der Kommunisten in Spanien und die Interventionspolitik *Stalins*. Ebenso klar entlarvt er die Doppelrolle der Faschisten in Berlin und Rom und ihre entscheidende Beteiligung am Sieg *Francos* über das Volk. Die Kenntnis der heuchlerischen Politik der „Nicht-intervention“, zu der sich die Westmächte her-

gaben, die den Republikanern den Nachschub an Waffen verwehrte, gleichzeitig aber den deutschen und italienischen Nachschub kaum behinderte, ist auch heute noch nützlich zum Verständnis der Vergangenheit wie der Gegenwart.

Ganz klar erläutert Reventlow auch die Strategie der republikanischen Regierungen Spaniens, die in dem Ausbruch eines Weltkrieges die Chance zur Befreiung durch die Westmächte sahen. Aber die Republikaner irrten sich, weder Moskau noch Paris waren, aus sicher sehr verschiedenen Gründen, um diese Zeit auf einen Weltkrieg vorbereitet, und London und Washington waren erst recht nicht bereit, für den Sieg der Freiheit in Spanien einen Krieg zu riskieren.

Die Differenzen im Lager der Republik rührten aus dieser Strategie der Hoffnung auf die Westmächte. Die Linken waren nicht zu Konzessionen bereit und wollten den Krieg mit revolutionären Mitteln aus eigener Kraft gewinnen. Aus einem historischen Rückblick nach dreißig Jahren kann man wohl feststellen, daß unter den damaligen politischen Bedingungen keines dieser Konzepte einen Sieg herbeiführen konnte.

Die spanischen Erfahrungen sind heute noch aktuell. In Griechenland tat eine Militärclique die Macht usurpiert und in manchem anderen Lande steht es ähnlich oder steht Ähnliches bevor. Den opfervollen Kampf des spanischen Volkes zu studieren, ist nicht nur ein Blick in die Geschichte, sondern zugleich auch Warnung und Beispiel für die Gegenwart.

Fritz Sander

HANS APEL DER DEUTSCHE PARLAMENTARISMUS

Unreflektierte Bejahung der Demokratie? rowohlt deutsche enzyklopädie Band 298/299, Reinbek 1968. 250 S., 4,80 DM.

Dieses Buch bietet eine Fülle von Informationen für Leser, die sich einen Überblick über Geschichte und Gegenwart des deutschen Parlamentswesen verschaffen wollen.

Während der historische Rückblick dabei notgedrungenerweise etwas zu kurz kommt, ist der Praktiker Apel, seit 1965 selbst MdB (SPD), bei der Beschreibung des heutigen Bundestags in seinem Element. Dabei beschränkt er sich nicht auf die Darstellung der Vorgänge im Parlament, sondern untersucht zugleich den weiteren gesellschaftlichen Raum, in dem das Parlament agiert, d. h. er geht dem Einfluß nach, den Parteien, Wahlsystem, Verbände, Bürokratie usw. auf die Arbeit der Legislative ausüben, wobei der häufige Vergleich mit anderen parlamentarischen Demokratien zusätzliche Einsichten vermittelt.

Dabei taucht die in letzter Zeit häufiger gestellte Frage auf „Was stimmt nicht mit dem Bundestag?“. Offenbar sind die Parlamentarier immer weniger fähig, die komplexen Sachgebiete geistig zu bewältigen, auf denen der moderne Staat tätig wird. Jedenfalls verlagern sich die Entscheidungskompetenzen, und damit die Macht im Staat, von der Legislative weg und zur Regierung und Bürokratie hin. Das ist zwar nicht nur in der Bundesrepublik so, aber in unserem von autoritär-bürokratischen Traditionen geprägten Staat hat die Entpolitisierung des Parlaments ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Weder arbeitet das Parlament die Grundsätze der Politik aus (was von der Politikwissenschaft in Anpassung an die Praxis auch nicht mehr als Aufgabe des Parlaments angesehen wird), noch gibt es im Bundestag eine Opposition, die durch Kontrolle, Kritik und das Aufzeigen von Alternativen die Politik transparent machte. Apel sieht die Rolle, die der Bundestag heute spielt, wesentlich als die eines „Notars“, der Entscheidungen registriert und beglaubigt, die anderenorts gefallen sind. Der Praktiker Apel bestätigt damit Tatsachen, die vor ihm die Politikwissenschaftler *Hennis* und *Loewenberg* feststellten.

Was tun? Apel macht einige (nicht unbedingt neue) Vorschläge, die dem Bundestag bzw. der Opposition die Möglichkeit geben sollen, gegenüber Regierung und Verwaltung ein Gegengewicht zu bilden. Das könnte z. B. geschehen, indem die geschäftsordnungsmäßige Stellung der Opposition gestärkt würde. Aber ob dadurch die strukturelle Krise, in der der Parlamentarismus steckt, behoben werden kann, ist zweifelhaft. Apel sagt selbst: „Das Herumkurieren an der Verfassung oder an der Geschäftsordnung des Parlaments kann nur dann Erfolg haben, wenn die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die wirtschaftliche Lage und das Bewußtsein der Bürger eine Verstärkung des Einflusses des Parlaments erlauben.“ (S. 70.)

Welches die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens sind, die die Stellung des Parlaments stärken würden, darüber läßt sich Apel nicht aus, obgleich die Problematik des Parlamentarismus an diesem Punkt beginnt. Daß die gesellschaftstheoretischen Bezüge des Buches (im Unterschied zum erwähnten empirischen Material über Parteien, Verbände usw.) schwach sind, erklärt sich aus Apels Anlehnung an die Pluralismustheorie, wie sie etwa von *Fraenkel* entwickelt wurde. Der Pluralismus fordert den Zugang zu Macht und Einfluß für alle Gruppen der Gesellschaft, verteidigt daher die Autonomie der Gruppen, wobei er übersieht, das letzteres die Gruppen begünstigt, die bereits Macht und Einfluß haben.

Das Parlament fungiert nach dieser Theorie als Verrechnungsstelle für die vielen divergie-

renden Interessen. Wenn dem so wäre, könnten die von Apel gemachten Reformvorschläge dem Bundestag eine politisch bedeutendere Stellung zurückgewinnen.

Es ist aber in der Praxis so, daß die objektiven Interessen großer Gruppen im Bundestag nicht repräsentiert sind (wäre nicht z. B. die Sozialisierung von Großindustrien einer größeren Bevölkerungsgruppe zugute gekommen als das Stabilisierungsgesetz, das in erster Linie dem reibungslosen Ablauf privater Wirtschaftstätigkeit einiger hundert Unternehmer dient?). Solange der Bundestag in seiner Gesamtheit sich der Aufgabe widmet, die bestehende Wirtschaftsordnung zu festigen und auszubauen, solange darf er sich nicht wundern, daß die Fachkompetenz der Bürokraten ihn zu einer weitgehend wirkungslosen Institution macht.

Claudia Pinl

STEPHEN ROUSSEAS

MILITÄRPUTSCH IN GRIECHENLAND oder: IM HINTERGRUND DER CIA

Vorbemerkungen von Melina Mercouri. Verlag Rowohlt, Reinbek 1968. rororo-aktuell 1089. 155 Seiten, 2,20 DM.

Das griechische Verfassungsreferendum vom 29. September 1968 war eine Farce. Ein Regime, das nun schon über ein Jahr lang unrechtmäßig und brutal herrscht, das sich nicht im geringsten um die demokratischen Interessen und Rechte seines Volkes scherte, spielte plötzlich ein wenig Demokratie; die Athener Diktatoren schickten, besser, zwangen ihre Bürger zu einer Wahl, in welcher keine echte Alternative bestand. Vizepremier *Stylianos Patakos* drohte denjenigen, die die militärisch bewachten Stimmlokale nicht aufsuchen wollten, mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr.

Das neue Grundgesetz ist inzwischen in Kraft getreten — 92,2 vH der Bevölkerung stimmten dafür —, doch bleiben zwölf der insgesamt 138 Artikel suspendiert, und zwar wesentliche Grundrechte (Pressefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Verbot der Inhaftierung ohne Haftbefehl, Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz vor Sondergerichten, freie Parlaments- und Kommunalwahlen). Freilich, unbedingt muß die verhältnismäßig große Zahl der Stimmenthaltungen bzw. der Nein-Stimmen (insgesamt über 30 vH!) genannt werden, sie zeugt von einem wachsenden Widerstand.

Im ersten Teil des vorliegenden Bändchens beschreibt *Stephen Rousseas*, Professor für Volkswirtschaft an der New York University, die politische Entwicklung in Griechenland seit dem November 1963; die meisten Fakten werden einem Großteil der Leser schon aus Presse, Rundfunk und Fernsehen bekannt sein, aber kaum jemand analysierte präziser, schaute mehr hinter die Kulissen als

Stephen Rousseas. Unter dem Titel „Die Rolle der Vereinigten Staaten in Griechenland“, informiert er uns im zweiten Teil seines Buches über den Anteil der amerikanischen Diplomatie und des Geheimdienstes an der Beseitigung von *Giorgios* und *Andreas Papandreou* — und über die Einmischung der Vereinigten Staaten in die griechische Innenpolitik seit der Truman-Doktrin (März 1947).

Die USA befürchteten (unbegründeterweise), einen wichtigen Bündnispartner zu verlieren. Andreas Papandreou hatte zwar des öfteren erklärt, daß Griechenland nicht immer nur außenpolitische Handlangerdienste der Vereinigten Staaten ausführen wolle, aber niemals den Austritt aus dem atlantischen Bündnis gefordert. Papandreou war auch kein „gefährlicher Linker“.

„Hätten sich die amerikanischen Geheimdienstleute in Griechenland wirklich richtig umgesehen, so hätten sie feststellen können, daß Andreas Papandreou mehr als jeder andere Politiker dazu beigetragen hatte, die Position der Kommunisten in Griechenland zu schwächen — in jedem Fall mehr, als die repressiven Polizeimaßnahmen der rechtsgerichteten Regierungen je hatten, ausrichten können.“ (S. 95.)

Im Anhang dieses Buches findet man eine Zeittafel (Oktober 1944 bis Februar 1968) und einen Lagebericht von *Amnesty International*, eine Hilfsorganisation, die mit dem Europarat zusammenarbeitet. Mehrere Wochen reiste eine A.I.-Delegation durch Griechenland, untersuchte — soweit möglich — die Haftbedingungen der politischen Gefangenen und deckte die Foltermethoden der Sicherheitspolizei auf.

Werner Hornung

KURZ ANGEZEIGT

Unter dem Titel *Opposition in der Bundesrepublik* ist der Tagungsbericht über das diesjährige „Nürnberger Gespräch“ (wir hatten in Heft 6/1968 darüber berichtet) jetzt in Buchform erschienen (Verlag Rombach, Freiburg 1968, 220 S., gbd. 14,— DM). Mit den Referaten von Horkheimer, Kurt Lenk, Hans Scho-merus, Jean Amery, Werner Vitt, Hartmut v. Hentig u. a. und ausgewählten Diskussionsbeiträgen stellt dieser dem Andenken an Fritz Bauer gewidmete Bericht einen vielseitigen Beitrag zur Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, zum Problem Opposition und Establishment und zu den Protestbewegungen der Jugend dar. Es ist der vierte Band in der Reihe der von *Hermann Glaser* (dem diesmal Karl Heinz Stahl assistiert) im Rahmen der „Sammlung Rombach“ herausgegebenen Berichte über die seit 1965 stattfindenden Nürnberger Gespräche.